

Marika Jungblut fordert soziale Gerechtigkeit

Von: Karl Stüber



Setzt sich für mehr Bürgerbeteiligung ein: Marika Jungblut, Bundestagskandidatin der Linkspartei.
Foto: Stüber

Nordkreis. Marika Jungblut macht sich keine Illusionen über ihre Aussichten, bei der Bundestagswahl am 22. September das Direktmandat im Nordkreis zu holen und Bundestagsabgeordnete zu werden. Über einen Listenplatz ihrer Partei „Die Linke“ verfügt sie nicht, um via Zweitstimmenvolumen ihrer Partei Abgeordnete zu werden.

Sie kann im Prinzip nur möglichst viele Stimmen für ihre „Farbe“ holen, in der Hoffnung, dass die Linken, also andere Linke, zahlreich in den Berliner Reichstag einziehen. Und dafür kämpft die Baesweilerin.

Die alleinerziehende Mutter von drei Kindern weiß aus eigener Erfahrung, wie wichtig soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind. Die gebührenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule ist für Jungblut die logische Forderung der Linken. Das Bildungssystem ist für sie sozial ungerecht, zu undurchlässig für Schüler aus einfachen Verhältnissen und schließt Heranwachsende viel zu früh vor weiter führenden Schulkarrieren ungerechter Weise aus.

Eine Schule für alle ist für sie die Lösung dieser Frage. Aus Sicht der Linken erfüllt die Gesamtschule am ehesten die Ansprüche an Gerechtigkeit. „Aber solange die anderen etablierten Schulformen nebenher existieren, bleibt das ein Problem“, ist sie überzeugt.

Die Diskussion über den Einzug von Frauen in die Führungsetagen hält Jungblut durchaus für richtig. Allerdings lenke dies davon ab, dass es schon auf der unteren Ebene ungerecht zugeht, wie sie meint. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit müsse für Frauen hier endlich und nachhaltig gelten.

Der soziale Wohnungsbau kommt für sie in Deutschland und auch im Nordkreis viel zu kurz: „Die Länder, auch Nordrhein-Westfalen, haben bisher das Geld vom Bund in wesentlichen Teilen zweckentfremdet.“

Dem wollen die Linken ein Ende setzen. Der Staat muss ihrer Auffassung nach für faire Mietpreise sorgen. Gerade Familien mit knapper Kasse könnten sich keine wärmegeprägten Wohnungen leisten und würden über die deshalb enormen Energiekosten auch noch bestraft. Arm sein kommt die Betroffenen teuer zu stehen, meint sie. Auf Strom- und Wasserversorgung müsste es folglich ein Grundrecht geben.

Dagegen würde eine von anderen politischen Strömungen anvisierte Privatisierung von Wasser- und Energieversorgung bestimmt weiter Kosten treibend wirken. Dass Kosten der Energiewende vornehmlich normalen Verbrauchern auferlegt und immer mehr Firmen entlastet werden, so der Vorwurf der Linken, verschärfe die Entwicklung. Ganz auf Seiten der Sozial- und Einkommensschwachen steht sie mit der Forderung ihrer Partei nach einem Mindestlohn nicht unter zehn Euro die Stunde. „Das ist schon die unterste Grenze. Das würde kaum ausreichen, um von der Aufstockung wegzukommen“, betont sie. Niedriger Lohn im Erwerbsleben führt zu Altersarmut.

Da sei der Staat gefordert, das aufzufangen, auch mit Steuermitteln, die diejenigen beitragen müssen, die entsprechend viel verdienen, geht es Jungblut um gerechte Verteilung. Sie spricht von einer sozialen Mindestrente in Höhe von 1050 Euro. Soziale Gerechtigkeit gelte es auch bei der Krankenversicherung walten zu lassen, betont die Linke aus Baesweiler. Sie setzt sich für eine solidarische Gesundheitsversicherung ein.

Umweltschutz ist ihr ein besonderes Anliegen. Sie wendet sich entschieden gegen „Fracking“, ein Verfahren, mit dem unter Einsatz eines Chemiecocktails mit großem Druck Gas aus tieferen Erdschichten gelöst wird. Dies gefährde Grundwasser und Umwelt im hohen Maße, sagt sie. Deshalb ist sie Mitbegründerin der „Initiative No Fracking“ in unserer Region. „Schein-Bürgerbeteiligung“

Intensive Bürgerbeteiligung ist ihr und ihrer Partei ein persönliches Anliegen, hat sich doch Jungblut in der Vergangenheit selber mit großem Engagement eingebracht, wie sie betont. Dazu gehörte die Mitarbeit im Elternrat, in Schulpflegschaften und beim Bürgerfunk. Zudem ist sie Mitbegründerin von Initiativen für den Umweltschutz wie dem Aachener Baumschutz-Bündnis. Der etablierten Politik wirft sie vor, „Schein-Bürgerbeteiligung“ zu betreiben.

Sie tritt dafür ein, bei wichtigen Entscheidungen die Bürger direkt zu befragen und dies nicht wechselnden politischen Mehrheiten zu überlassen. „Hätte man die Bevölkerung gefragt, wie sie zur Einführung der Rente mit 67 steht, hätte das zur glatten Ablehnung geführt.“ Während andere Parteien aus ihrer Sicht des Bürgers konkretes Votum scheuten, würde dagegen dem Lobbyismus Tür und Tor geöffnet. So nehme die Industrie direkten Einfluss auf Entscheidungsträger in Berlin, um eine für Verbraucher wichtige Klassifizierung und Einordnung von Lebensmitteln zu verhindern. „Was gesund ist und was nicht, muss beim Blick auf die Verpackung schnell klar sein.“